



Hotel Krone
Kronenplatz 20
5600 Lenzburg

auto
A1, Ausfahrt 51
NB Das Parken in der Umgebung ist gebührenpflichtig

bahn
Bahnhof - Kronenplatz
ca. 20 min. zu Fuss

situation



swiss map online

hotel krone



HOTEL KRONE
LENZBURG

16. oktober 2012

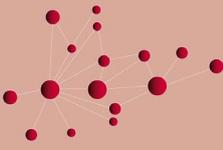
**herbst
versammlung**

programm

TOP 100 - Generalversammlung

Referate
Internet und Facebook
Energiesstrategie 2050
Krisen rund um die Schweiz

Top's und Flop's im Alltag
Handwerk und Architektur, Unterdachfolien bei Solarthermie, mögliche Lösung, Kundennähe



Organisation
 TOP100-GEBÄUDEHÜLLE NETWORK
 Samuel Tramaux
 079 691 09 57 | samuel.tramaux@gmail.com

TOP 100 GEBÄUDEHÜLLENETWORK

tagesablauf **dienstag, 16. oktober 2012**

08.30 Uhr Empfangskaffee

09.00 Uhr Begrüssung | Einleitung
Generalversammlung 2012
 Samuel Tramaux

09.45 Uhr **Schulung Internet**
 Hanspeter Siegenthaler
 • Umgang mit Homepage und Facebook

10.30 Uhr Pause

10.45 Uhr **Energiesstrategie 2050**
 Felix Vontobel
 Stv. CEO Repower AG

11.45 Uhr **Apéro | Mittagessen**



13.30 Uhr **Krisen rund um die Schweiz**
 Beat Kappeler
 Dr. h.c. Autor NZZ am Sonntag, Buchautor
 • Ursachen, Aussichten, Hausaufgaben

14.15 Uhr Pause

14.45 Uhr **Top's + Flop's im Alltag**
 Willi Schwarzwälder
 • Stadtvillen Luzern
 Handwerk und Architektur fordern Erfindungsgeist.

Urs Spuler
 • Unterdachfolien
 Anforderungen unter thermischen Solaranlagen. Was ist zu achten.

Peter Pichler
 • iPichler App
 Eine mögliche Lösung.

Willi Schwarzwälder
 • Kundennähe
 • Ausblick
 Weitere Vorschläge, andere Ideen.

16.00 Uhr **Ende der Veranstaltung**



Felix Vontobel



Beat Kappeler

TOP 100
GEBÄUDEHÜLLE NETWORK

**18. mitglieder
versammlung**
16. oktober 2012
09.00- 09.45 uhr

**Hotel Krone
Lenzburg**

Traktanden	
1	Begrüßung, Eröffnung
2	Wahl der Stimmzähler
3	Protokoll der 17. Mitgliederversammlung
4	Jahresbericht
5	Jahresrechnung
6	Bericht GPK
7	Budget
8	Mitgliederbeiträge/Eintrittsgebühr
9	Wahlen <ul style="list-style-type: none">■ Vorstand■ Präsident■ GPK
10	Mutationen
11	Anträge
12	Verschiedenes

TOP 100

Gebäudehülle Network
Herbstversammlung 16. Okt. 2012

Beat Kappeler

Krisen rund um die Schweiz – Ursachen, Aussichten, Hausaufgaben

Die Schweiz scheint wie verschont von der grössten wirtschaftlichen Krise des Westens seit 1945. Wir kennen die Eckpunkte der Volkswirtschaft, die intakt sind

- Sinkende Preise
- Steigende Beschäftigung, daher Vollbeschäftigung, auch der Jungen
- Aussenbilanz-Ueberschuss
- Budgetüberschüsse des Staates, wenig Schulden (ca. 37% des BIP)
- Gesundes Banksystem, Rettung der UBS ohne Kosten und vier Jahre vor Spaniens Banken

Europas Westen und Süden kennt in allen diesen Punkten gegenläufige Zahlen, ja eigentliche Verwerfungen. Auch die USA steht nicht besser da.

Die Ursachen der Krisen

Der Euro – eine Fehlkonstruktion

Eine optimale Währungsunion kann regionale Schocks erleiden, diese werden abgefedert durch die Abwanderung von Arbeitskräften und zentrale finanzielle Ausgleichsautomatismen. Beide Ventile fehlen im Euroraum – die Arbeitskräfte wandern nicht mehr stark, und das Brüsseler Budget zahlt keine Arbeitslosengelder etc.

Der nun eingetretene Schock heisst, fehlende Wettbewerbsfähigkeit der südlichen Länder – und Frankreichs. Zu hohe Löhne und Preise, und zu wenig Produktivitätsfortschritte erhöhten die Lohnstückkosten des Südens in nur 12 Jahren um 25% über jene Deutschlands. Dies führt über ein Handelsdefizit zum Abfluss von Geld, dann von Jobs, Gewinnen und Steuersubstrat. Ausserdem konnten sich alle Länder zu deutschen Tiefzinsen verschulden – sodass der spanische, irische und griechische Immobilienboom dazu kam, und die Politiker die Staatsschulden ungebremst steigern konnten.

Die Reaktion der Politiker verschlimmerte die Krise:

- Man garantierte – entgegen Art. 125 des Lissabonner Vertrags – die „Regionen“, also verschuldete Einzelstaaten und schnürte Hilfspakete
- Angela Merkel verkündete in populistischer Aufwallung, dass die privaten Gläubiger Griechenlands eine erste Nennwertsenkung tragen müssten, was sofort Spanien, und beinahe Italien, vom Kapitalmarkt ausschloss und zu hohen Zinsen zwang
- Die Iren und Spanier garantierten alle Bankeinlagen, anstatt selektive Konkurse oder Gläubigernachlässe anzusteuern.
- Die EZB verliess den Stabilitätskurs und kaufte Staatsanleihen, senkte die Bonitätsanforderungen für zu behelnde Papiere der Banken.

Im September 2012 kündigte die EZB an, kurzfristige Staatspapiere überschuldeter Länder „unbeschränkt“ aufzukaufen. Fürs erste hat die EZB einen Gründungsfehler des Euro überbrückt. Der Euro ist eine Währung ohne Staat, und die Mitgliedsländer sind Staaten ohne Währung. Es gibt also keine zentrale Schaltstelle für Staatsfinanzen, Konjunktur, Transfers, sondern bisher 19 ziemlich wirkungslose Gipfelkonferenzen der 17 Eurostaaten. Diese Staaten zahlen aber in „fremdem Geld“, das sie nicht selbst drucken können. Während die Zentralbanken der überschuldeten USA und Grossbritanniens die ausgegebenen Schuldpapiere aufkaufen und dafür Geld drucken, müssen Spanien, Griechenland, aber auch Frankreich jeden Euro selbst aufreiben – mit Ueberschüssen der Handelsbilanz und des Staatsbudgets. An beidem fehlt es allen lateinischen Ländern der Union. Wenn jetzt die EZB deren Staatspapiere aufkauft, setzt sie wie in den USA und England diese Staatsschulden in Geld um, sie monetisiert sie, und sie wird letzter Garant des Währungsraums, ein „lender of last resort“. Die Gefahren liegen darin,

- dass die Schuldnerstaaten sich zurücklehnen und die von der EZB geforderten Reformen nicht machen.
- dass die EU eine Inflationgemeinschaft wird, nicht gerade „Weimar 1923“, aber doch einige Jahre lang 5 bis 6 Prozent,
- dass die Schuldenländer in Armut, Verwerfungen versinken, wegen zehn Jahren Hungerkur zwecks „innerer Abwertung“. Sie sind gesellschaftlich dysfunktional (keine Vertragspartnerschaft, weniger IT und Sprachen, schlechte PISA-Erfolge, Sippen statt getrennte Person und Aemter, nur Kleinfirmen ohne Weltmarktausrichtung).

Oeffentliche Finanzen und Soziallasten

In der Finanzkrise und in der Eurokrise wurde offenbar, dass der ganze Westen tief im Schuldensumpf steckt – durch die Wohneigentumsförderung mittelloser Haushalte in den USA und die aufgelaufenen Staatsschulden, in Europa durch

die seit den 60er Jahren laufenden „keynesianischen“ Defizite (demand management der Volkswirtschaft durch Staatsbudget, ohne je zurück zu zahlen) und durch die Kosten von sozialstaatlicher Umverteilung.

Die Staatsschulden wachsen in Prozenten des Bruttoinlandprodukts BIP gemessen schneller als dieses selbst – eine klassische Schuldenfalle. Oder ein Schneeballsystem: die Zinsen werden mit neuen Krediten bezahlt, wofür Bernard Madoff mit 150 Jahren büsst.

Die Staatsschulden wurden zu einem hohen Teil von Banken gehalten. Mit der Panik um diese Schulden sanken deren Kurswerte, und damit die Bilanzaktiven der Banken.

Um einen Kollaps der Staaten, der Haushalte und der Banken abzuwenden, begannen die westlichen Notenbanken, ihre Bilanzen zu füllen mit Staatsobligationen, Pfandbriefen, Hypothekenspaketen der USA, und die Europäische Zentralbank gab den Banken tausend Milliarden Euro auf drei Jahre fest, gegen eher schäbige Kreditgarantien. Die US-Notenbank ist heute der mit Abstand grösste Gläubiger des US-Staates.

Eine Notenbank kann ihre Bilanz beliebig verlängern – sie kauft Devisen, oben erwähnte Papiere, (früher Gold) und gibt Noten aus. Aktiv- und Passivseite ihrer Bilanz sind im Gleichgewicht. Die SNB hält durch den Aufkauf von Euro und die Ausgabe von Franken die Kursgrenze von 1.20 Fr. /€.

Damit die Anleger mitmachen müssen, machen die Staaten „financial repression“ – Versicherungen, Pensionskassen müssen Staatspapiere halten, die Banken müssen gemäss Basel II und Basel III die Staatspapiere nicht mit Eigenkapital unterlegen. Beim Stresstest der EU 2011 für die Banken wurden die Bestände an Staatspapieren zu 100% in den Bilanzen geduldet. Auch Dexia und Bankia bestanden diesen Test, waren aber kurz darnach praktisch bankrott.

Die Sozialversicherungen verbergen in den meisten Staaten zusätzliche, und oft grössere als die ausgewiesenen Schuldenberge. In den USA hängen die Alterstenten und Medicare wie Damokles-Schwerter über der Nation. Nur in Deutschland, Schweden, Polen, Lettland und Italien sind die Rentensysteme saniert.

Auf den Unternehmer – wie noch mehr auf private Einkommensbezüger – kommen aus allen diesen Verschuldungen im ganzen Westen höhere Steuern zu. Direkte, indirekte, Gebühren, MWST, Sozialabgaben stehen zur Debatte. Deutsche Sozialdemokraten reden schon von „Vermögensabgaben“.

Generell fallen immer mehr unternehmensrelevante Entscheide durch die Politik, binär, ja/nein, und man muss annehmen, dass dadurch viel Kapital

fehlgeleitet, schlimmer noch, zurück behalten wird durch die verunsicherten Unternehmen.

Die Aussichten

Voraussagen sind angesichts der andauernden politischen Hau-Ruck-Entscheide schwierig. Setzt man voraus, dass in den USA der „fiscal cliff“ nach den Wahlen vermieden wird (mit einer nur sorgsam Entschleunigung des Defizits), wird dort wohl der Aufschwung langsam aber stetig weiter gehen.

In Europa dürften die Sparbremsen den ganzen Süden, sowie Frankreich und Britannien, Irland abschwächen, und dies noch lange.

Der gute Exportmix Deutschlands und der Schweiz in Richtung der aufstrebenden Industrieländer schafft einen leichten Ausweg – falls China nicht abtaucht. Diesbezüglich sind die Analysen widersprüchlich. Immerhin sind offenbar grosse Infrastrukturprojekte am Anlaufen. Afrika und Lateinamerika zeigten seit einigen Jahren gesundes Binnenwachstum.

Die Notenbanken betreiben weiter die „financial repression“, wenn sie den Zins auf Staatsobligationen unter die Inflationsrate drücken, um den Staat zu finanzieren, oder gar die Schulden damit relativ zu senken. Das ist heute bereits der Fall in USA, GB, D. Damit werden Sparer, Pensionskassen, Versicherungen kalt enteignet.

Die Politiker des Westens – EU, USA, Japan – halten das Vertrauen des Publikums in Staatsbonität und Papiergeldsystem für sicher, die Märkte jedoch misstrauen immer mehr.

Denn sollte sich die Inflation beschleunigen, können die Zinsen nicht länger durch die Notenbank-Gelder gedrückt werden. Dann steigen die Lasten für überschuldete Haushalte, Banken, Staaten rasant an, die reinigende Bankrott-Runde beginnt, welche heute durch die Geldpresse aufgeschoben wird. Konjunkturrell wird es dann recht düster für zwei, drei Jahre.

Die Untergrenze des Euro, welche die Nationalbank für die Schweizer Exportindustrie vor einem Jahr einführte, wird wohl noch einige Zeit festgehalten werden.

Für die Schweizer Produzenten wird langsam ein Sockeleffekt spürbar – weil die 1.20-Grenze seit einem Jahr hält, verändern sich die Währungseinflüsse nicht mehr stark. Sodann macht die Schweiz erfolgreich die „interne Abwertung“, mit -0,5 bis -1 Prozent Inflation im Detail während 2011-2012, und mit -2,5% Produzentenpreissenkung (EU plus 2,5% - also eine Differenz von 5%). Die Margen bleiben allerdings komprimiert, Effizienzgewinne treten erst mit der Zeit ein. Sie könnten eines Tages auch

das Beschäftigungswachstum bremsen. Dieses wiederum dürfte dann die Baukonjunktur mit einer Verzögerung drosseln.

Die Hausaufgaben

- ✓ Die Schweiz wird eine allfällige westliche Inflation eins zu eins importieren, so lange die 1.20-Frankengrenze gilt. Deshalb sind keine preiswirksamen Steuern, Gebühren etc. zu erheben, eher sogar abzuschaffen. Auch in der Lohnpolitik ist Vorsicht geboten.
- ✓ Die künstlich tiefen Zinsen drohen eine Fehlallokation von Kapital einzuleiten – in Immobilien, Aktien, Rohstoffe, Kunstschätze etc. Massnahmen zur Vorsicht sind angebracht – beschränkte Gelder zur Wohnbaufinanzierung aus der 2. und 2. Säule, Abzahlungspflichten von Schuldern billiger Hypotheken, Belehnungsgrenzen senken etc. Die Bauwirtschaft hat ein Interesse an stabiler Entwicklung und eigene Fehlinvestitionen zu vermeiden.
- ✓ Eine der grossen Stärken Nordeuropäischer Länder ist die duale Lehre, diese ist zu stärken und nicht etwa abzubauen.
- ✓ Die Rentensysteme sind nachhaltig zu gestalten. Für die AHV heisst dies, die Werte des vorjährigen, nominalen BIP sowie die steigende Lebenserwartung automatisch in die laufenden wie die künftigen Renten einzubauen. In der zweiten Säule müssen die obrigkeitlich bestimmten Sätze verschwinden (Umlage, Mindestzins, differenzierte Altersgutschriften, Anlagen, legal quote etc.). Die freien Wahlmöglichkeiten sind zu Lasten der immer enger gewordenen Regeln zu erhöhen.
- ✓ Die öffentlichen Budgets sind im Gleichgewicht zu halten.
- ✓ Die Energiepolitik muss stärker auf Internalisierung der wirklichen Kosten, sowie auf die Senkung des Energiekonsums durch Gebäudehülle etc. setzen, als nur immer neue, wenn auch alternative Energiequellen zu fördern.